Wahrheit • Klarheit • Offenheit

UN

UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN

3618 · 38. Jahrgang · Dezember 2006

Postfach 10 17 06 · 46017 Oberhausen · UN 12/2006

Bush erklärt sich zum Herrscher des Universums:

Der liebe Gott ist abgesetzt, das All gehört den Amis!

»Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen«

Wenn man diesen frommen Wunsch mit der Wirklichkeit auf Erden und dem neuesten, nun sogar das Weltall umfassenden Alleinherrschaftsanspruch des US-Präsidenten vergleicht, könnte man resignieren.

Die US-Regierung betrachtet den Weltraum künftig offiziell als Teil ihres Einflußbereiches. George W. Bush unterzeichnete Anfang Oktober 2006 ein Regierungsdokument, in dem die USA Anspruch auf uneingeschränkten Handlungsspielraum im All erheben.

Die USA würden sich allen Abkommen und Regelungen widersetzen, die den Zugang der USA zum Weltall oder die Nutzung des Weltalls verhindern oder einschränken könnten, heißt es in der sogenannten »Space-Doktrin«.

Zugleich beanspruchen die USA das Recht, »Feinden« eine derartige Handlungsfreiheit im All zu verwehren. Begründet wird das mit der großen strategischen Bedeutung des Weltraums für die nationale Sicherheit der USA.

Bisher sind alle Weltreiche der Geschichte, die das Maß verloren hatten, gescheitert. Es mehren sich die Anzeichen, daß die USA diesen Punkt erreicht haben.

Der Nachthimmel im Wunschbild des George W. Bush

Die Weltherrschaft hat schon mancher Gewaltherrscher angestrebt, aber als Alleinherrscher des Universums ist noch keiner aufgetreten. Man erinnert sich an die von einem römischen Despoten überlieferte Anmaßung: »Ich, Caligula, Kaiser und Gott«, wenn man die kürzlich veröffentlichte »Space-Doktrin« der USA liest.

Die Gewaltakte des selbsternannten Gottkaisers Caligula führten im Jahr 39 zu einer Senatsverschwörung und im Jahr 41 zur Ermordung durch seine Leibwächter.

»Hochmut kommt vor dem Fall« sagt ein altes deutsches Sprichwort. Bushs Niederlage bei den Kongreßwahlen im November stärkt die Hoffnung, daß sich die Episode des US-Größenwahns dem Ende zuneigt, auch wenn wir ihm nicht das Schicksal des Caligula wünschen: Wir möchten ihn eines Tages vor einem internationalen Kriegsverbrechergericht sehen.

AUS DEM INHALT:

- Hoffnung auf eine Zeitenwende S. 2
- Wider allem Völkerrecht S. 3-4
- »Das US-Imperium hat Angst vor der Wahrheit« S. 5-8
- Wozu die Bundeswehr mißbraucht wird S. 9-10

Das offene Wort

Lehrstunden in Sachen Demokratie

Der Himmels- und Weltall-Herrscher George W. Bush beschwor die US-amerikanischen Wähler vor den Kongreßwahlen im November:

»Wenn Demokraten wie Nancy Pelosi die Wahl gewinnen, ist das ein Sieg für die Terroristen und eine Niederlage für Amerika.«

Nach der Wahlniederlage seiner Republikaner lud Bush die so verunglimpfte neue Parlamentspräsidentin Pelosi kleinlaut zum Mittagessen ein und offenbarte, was US-Wähler von seinen Wahlaussagen zu halten haben:

»Ich weiß, wann der Wahlkampf vorbei ist und die Regierungsarbeit beginnt.«

Das erinnert uns Deutsche stark an die Worte eines Franz Müntefering, der auf die Frage nach den SPD-Wahlversprechen verärgert und bissig erklärte:

»Wir werden gemessen an den Versprechen aus den Wahlkämpfen. Das ist unfair. Dazwischen hat es ein Ereignis gegeben, die Bundestagswahl.«

Noch vor Jahresfrist erklärte Bush, sein Ziel sei es, die arabischen Länder und den ganzen Nahen Osten mit dieser Art von Demokratie zu beglücken. Einer Demokratie, in der ganz besonders in den USA die Wähler nur Stimmvieh sind, während die Politik von den Wirtschafts- und Finanzmächten bestimmt wird, die Helmut Kohl einst vorsichtig mit dem Begriff »die amerikanische Ostküste« umschrieb.

Wir beklagen das Leid, das Bush über die Völker gebracht hat, freuen uns aber als ehrliche Demokraten darüber, das er dieses Ziel nicht erreicht hat.

Ihre Sabine Möller

Hoffnung auf eine Zeitenwende?

Im Irak sind die USA gescheitert und planen nun einen »geordneten Rückzug« aus dem von ihnen angerichteten Chaos.

Gegenüber dem Iran ist die »einzige verbliebene Weltmacht« fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit im September lautlos eingeknickt: Das von Bush geforderte UNO-Ultimatum an den Iran, auf die Urananreicherung zu verzichten, verstrich, und nichts geschah, von Nordkorea gar nicht zu sprechen.

Der gescheiterte US-gestützte israelische Überfall auf den Libanon sollte nach Aussage des US-Korrespondenten Seymour Hersh ein Probelauf für den Angriff auf den Iran sein, von dem nun keine Rede mehr ist. Jetzt hoffen die USA, den Iran und Syrien, die von ihnen vorher als »Schurkenstaaten« geächtet wurden, als Partner für die Befriedung des Irak einzubinden.

Aus Afghanistan, das die USA mit Blick auf eine geplante Erdöl-Pipeline überfallen hatten, zieht sich die US-Armee zunehmend zurück und überläßt den hilfswilligen Staaten der NATO das Sterben.

Vor der »einzigen verbliebenen Weltmacht« liegt bei einem Schuldenstand von 8,640 Billionen Dollar der von vielen Experten als unausweichlich angesehene Zusammenbruch der Dollarblase, auch wenn die den Privatbanken gehörende »Federal Reserve Bank« immer größere Mengen wertloser Dollarscheine druckt.

Vor der »einzigen verbliebenen Weltmacht« liegen zudem die ethnisch-sozialen und sprachlichen Konflikte, die sich aus der Bevölkerungsentwicklung hin zu schwarzamerikanischen und lateinamerikanischen Mehrheiten ergeben werden.

Das alles könnte dazu führen, daß sich die Zeit der »einzig verbliebenen Weltmacht« und der weltherrschaftssüchtigen Mächte, die sich der USA bedienen, dem Ende nähert.

Ob die Welt dadurch friedlicher werden wird, ist zweifelhaft. Es gibt aber die berechtigte Hoffnung, daß sich eines Tages die Völker und Nationen von Fremdbestimmung befreien und frei entfalten können, allen voran das deutsche in seiner völkerrechtlichen Gestalt des Deutschen Reiches, das selbst nach Urteil des Bundesverfassungsgerichtes der BRD nicht untergegangen ist.

Gorbatschow: USA leiden an einem »Siegerkomplex«

Die USA leiden nach Ansicht des ehemaligen Sowjet-Präsidenten an einem »Siegerkomplex«.

Er begründete seine Kritik mit der Rolle Washingtons in der Weltpolitik. Die USA seien immer noch in den Strategien des Kalten Krieges gefangen. Gorbatschow sagte voraus, die USA würden in der Zukunft eine kleinere Rolle spielen: »Es wird ein gestärktes vereintes Europa geben. Und es wird dann auch noch die großen Staaten geben wie Rußland, China, Indien, Japan und Brasilien, die alle gleichermaßen den Gang der Welt mitbestimmen sollen.«

Quelle: »Cellische Zeitung«, 14./15.10.2006

ZUM WEINEN

»Die Respektierung der „unverbrüchlichen deutsch-amerikanischen Freundschaft" gehört zur Staatsräson.

Die Bundesrepublik Deutschland wurde dadurch zum Partner einer habituell friedensunfähigen Imperialmacht«

Rolf Winter im Vorwort zu seinem Buch »Ami go home«, Hamburg 1990

SPIEGEL DER ZEIT

Wider allem Völkerrecht –
Supermacht USA greift nach den Sternen

US-Präsident George W. Bush erhebt seit kurzem offiziell einen US-amerikanischen Anspruch auf den Weltraum. Es geht um die Verdrängung von Feinden der USA, die Ausweitung wirtschaftlicher Markträume und angeblich einmal mehr um das Wohl der Menschheit.

»Amerika ist die allmächtige Supermacht. Wir dürfen nicht länger Angst davor haben, als solche zu handeln.«

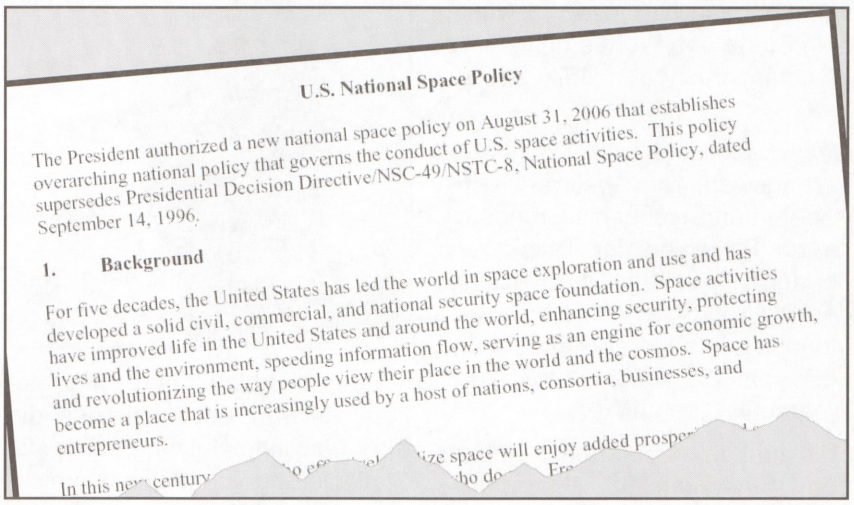
Diese Aussage stammt vom US-amerikanischen Experten für Außenpolitik, Thomas Friedman aus dem Jahre 1999 (vgl. UN 7/99). George W. Bush hat sie sich offensichtlich zu Herzen genommen, als er nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit am 31. August 2006 eine Doktrin zur neuen »National Space Policy« (»Nationale Weltraumpolitik«) autorisiert hat. Veröffentlicht wurde diese am 7. Oktober 2006, und zwar nach Berichten der »Washington Post« an einem Freitagnachmittag vor einem Feiertag und ohne öffentliche Bekanntmachung.

Das Universum als Ami-Spielwiese

Nachdem der Planet Erde spätestens seit den Ereignissen des 11. September 2001 durch die USA im Rahmen des »Anti-Terror-Kampfes« zum Operationsraum des US-Militärs erklärt wurde, greift Bush nun auch nach den Sternen als Spielwiese für US-Interessen.

Die wesentlichen Prinzipien der neuen »National Space Policy«:

- Die USA beanspruchen den Weltraum als ihr Operationsgebiet zum Schutze der nationalen Sicherheit und akzeptieren keinerlei Beschränkungen dieses »grundlegenden Rechts der Vereinigten Staaten«.



U.S. National Space Policy

The President authorized a new national space policy on August 31, 2006 that establishes overarching national policy that governs the conduct of U.S. space activities. This policy supersedes Presidential Decision Directive/NSC-49/NSTC-8, National Space Policy, dated September 14, 1996.

1. Background

For five decades, the United States has led the world in space exploration and use and has developed a solid civil, commercial, and national security space foundation. Space activities have improved life in the United States and around the world, enhancing security, protecting lives and the environment, speeding information flow, serving as an engine for economic growth, and revolutionizing the way people view their place in the world and the cosmos. Space has become a place that is increasingly used by a host of nations, consortia, businesses, and entrepreneurs.

In this new century ... ize space will enjoy added prosper...

Mit dieser »Directive/NSC-49/NSTC-8« (in englisch, 10 Seiten) brachen die USA den am 21.1.1967 unterzeichneten internationalen Weltraumvertrag (in deutsch, 4 Seiten). Beides anzufordern unter UN-Archiv 12063.

- Die USA werden sich allen zukünftigen Abkommen zur Rüstungskontrolle widersetzen, welche der Bewegungsfreiheit der USA einen Riegel vorschieben könnten.
- Gegnern der USA und potentiellen Gefahrenquellen für nationale Sicherheitsinteressen werden die USA die Weltraumnutzung verweigern.
- Die USA werden den Weltraum zur strategischen Überwachung, zu Zwecken der Frühwarnung und Raketenabwehr nutzen.
- Die USA fördern eine (angeblich) zivile Überwachung der Erde aus dem Weltraum heraus.
- Die USA fördern in vielfältiger Art und mit oberster Priorität die Erschließung des Weltraums als Wirtschaftsfaktor bzw. Absatzmarkt für US-Unternehmen.
- Die USA werden diplomatische Anstrengungen unternehmen, um für diese Doktrin bei »Freunden und Verbündeten« Verständnis und Unterstützung zu erlangen.

Liest man sich die zehnseitige Doktrin im Volltext durch, fällt auf, daß es nahezu pausenlos um die Betonung der Interessen einzig und allein der Vereinigten Staaten von Amerika geht: Nationale Sicherheit, Heimatschutz, Gefahrenabwehr, Rechte und Ansprüche der USA und immer wieder wirtschaftliche Interessen.

Größenwahn in göttlicher Mission

Wo George W. Bush diese vorlauten Ansprüche herleitet, macht die »Space-Doktrin« nur allzu deutlich: Die USA stünden in der Pflicht zur Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken und zum Wohl der gesamten Menschheit. Die Freiheit rund um den Globus solle durch die Weltraumpolitik der USA geschützt und gefördert werden. Aus diesem Auftrag seien »folgerichtig« US-amerikanische Verteidigungs- und nachrichtendienstliche Aktivitäten im Weltraum zur Verfolgung eigener nationaler Interessen erlaubt.

Diese Logik mag für die Strategen der US-Ostküste schlüssig sein. Menschen mit Hang zum selbständigen Denken werden aber in der »National Space Policy« zurecht den vorläufigen Höhepunkt des Größenwahns eines Mannes erkennen, der seine weltweite Kriegspolitik als »göttliche Mission« ansieht (vgl. UN 11/05).

DER GRIFF ZU DEN STERNEN

Die »National Space Policy« und das Völkerrecht

In welchem völkerrechtlichen Zusammenhang ist dieser im wahrsten Sinne des Wortes universale Machtanspruch der USA zu sehen?

Das wichtigste völkerrechtliche Vertragswerk zum Weltraumrecht ist der »Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper« vom 27. Januar 1967, kurz Weltraumvertrag (WRV).

Bis zum Jahr 2000 hatten neben den USA weitere 95 Staaten einschließlich der übrigen Weltraummächte den WRV unterzeichnet bzw. ratifiziert. Hieraus wird im Völkerrecht eine universelle Akzeptanz dieser Regelungen abgeleitet. Selbst von den USA als »Schurkenstaaten« bezeichnete Länder wie Afghanistan, Kuba, Irak und Iran erkennen seine Regelungen an (»Luft- und Weltraumrecht im 21. Jahrhundert«, S. 275, 277 ff.).

Art. I WRV besagt, daß »die Erforschung und Nutzung des Weltraums [...] zum Vorteil und im Interesse aller Länder« erfolge und »Sache der gesamten Menschheit« sei. Demnach steht es allen Staaten »frei, den Weltraum [...] ohne jegliche Diskriminierung, gleichberechtigt und im Einklang mit dem Völkerrecht [...] zu nutzen«.

Art. II WRV legt fest: »Der Weltraum [...] unterliegt keiner nationalen Aneignung durch Beanspruchung der Hoheitsgewalt, durch Benutzung oder Okkupation oder durch andere Mittel.« Das Völkerrecht erachtet diese Regelung als Kernstück des WRV. Sie macht deutlich, daß territorialstaatliche Ausschlußrechte unzulässig sind. Artikel II WRV läßt keinen Spielraum für kosmische Wege- oder Nutzungsrechte einzelner gegenüber anderer (»Beiträge zum Luft- und Weltraumrecht; Festschrift zu Ehren von Alex Meyer«, S. 283, 293).

Zudem verbietet der WRV neben weiteren Bestimmungen die nicht-friedliche Nutzung sowie die Stationierung von Massenvernichtungswaffen (Art. IV).

Kein Wort von Sonderrechten für die USA

Schon diese kurzen Ausführungen zum WRV zeigen, daß für angebliche Sonderrechte eines Weltpolizisten im Völkerrecht (hier: Weltraumrecht) kein Platz ist.

Wenn die USA den Weltraum als ihr Operationsgebiet ansehen und keinerlei Beschränkungen hinnehmen, ist zumindest sehr wahrscheinlich, daß dies gegen den WRV verstößt. Wer im Weltraum operiert, beschränkt immer andere und wo alle operieren dürfen, hat man solche Beschränkungen wohl auch für sich selbst in Kauf zu nehmen.

Die Bereitschaft der USA, unbequemen Staaten den Zugang zum Weltraum zu verweigern verstößt noch eindeutiger gegen den WRV – spätestens dann, wenn es zu einer solchen Verweigerung durch die USA tatsächlich kommt.

Und wie sieht diese Weigerung dann aus? Müßte man letztendlich nicht doch Waffensysteme im Weltraum positionieren, um einem anderen Staat, der einem gefährlich werden könnte, den Zugang zum Weltraum zu verweigern? Oder würden sich die so sicherheitsbetonten USA damit begnügen, diese bereits völkerrechtswidrige Vorsorge nur innerhalb der Erdatmosphäre zu betreiben?

Wie man diese Fragen auch beantwortet. Die neue »Nationale Weltraumpolitik« des Herrn George W. Bush trägt trotz aller blumigen Formulierungen den Keim kommender Verletzungen des Völkerrechts in sich.

Daß dahinter nicht nur die Politik, sondern auch das US-Ostküsten-Kapital steckt, liegt nicht nur durch den Wortlaut der neuen Doktrin auf der Hand. Mindestens seit dem Jahr 2000 sind es US-Firmen, die ungeachtet des Weltraumrechts Grundstücke auf dem Mond verkaufen und Eigentumsrechte an einem Asteroiden geltend machen (»Luft- und Weltraumrecht im 21. Jahrhundert«, S. 275, 282). Selbst juristische Fachliteratur zum Weltraumrecht bestätigt, daß es die kapitalistischen Interessen von US-Unternehmen und deren erbitterter Widerstand sind, welche die USA auf Kurs halten, keine weiteren Abkommen zu unterzeichnen, die in die Stoßrichtung des WRV bzw. noch weiter als dieser gehen (Zeitschrift für Luft- und Weltraumrecht, 2005, S. 243, 244 f.). Das Öl in Afghanistan und Irak scheint US-Wirtschaftsstrategen nicht mehr zu reichen.

Es bleibt einzig die Hoffnung, daß sich die Bevölkerung der USA wenn nicht bei den nächsten Präsidentschaftswahlen, so doch in naher Zukunft für eine Staatsführung entscheiden wird, die den Weg zurück in die Völkergemeinschaft findet.

Torsten Schmidt

SONDERRECHT KONTRA VÖLKERRECHT

»Das US-Imperium hat Angst vor der Wahrheit«

Vorspann der UN-Schriftleitung:

Über die Reden und Forderungen von George W. Bush und anderer Repräsentanten der sogenannten »westlichen Wertegemeinschaft« zu weltpolitischen Fragen berichten unsere Medien laufend auf allen Kanälen. Aber es gibt auch eine andere Sicht der Dinge, über die man nichts oder nur mit viel Aufwand etwas erfährt. Ein Beispiel dafür ist die Rede, die der Präsident Venezuelas am 20.9.2006 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen hielt. Dem deutschen UNO-Verbindungsbüro in Bonn lag auf Nachfrage keine offizielle deutsche Übersetzung vor. Erst vom Informationszentrum der Vereinten Nationen in Brüssel erhielten wir den spanischen Urtext und eine autorisierte englische Übersetzung.

Die ins Netz gestellte deutsche Übersetzung der venezolanischen Botschaft in Berlin war – auf wessen Betreiben auch immer – nur unvollständig herunterzuladen. Andere im Netz zu findende Übersetzungen unterscheiden sich oder sind nur Auszüge. Wir haben deswegen die Übersetzung der Schweizer Zeitung »ZeitFragen« Nr. 39 vom 25.9.2006 kritisch mit dem Urtext verglichen, mit geringen Änderungen übernommen und veröffentlichen ihn in alter deutscher Rechtschreibung.

Man mag über manche Ausführungen des »linken« Präsidenten Venezuelas unterschiedlicher Meinung sein. Wir halten es jedoch für ein Unding, daß weder die Bundestagsabgeordneten noch gar die Bundesbürger, die maßgeblich zur Finanzierung der UNO zur Kasse gebeten werden, in deutscher Sprache lesen können, was Gegner des US-Imperialismus zu notwendigen Reformen der UNO fordern.

Sprachkundigen und kritischen Lesern senden wir auf Anforderung gerne Kopien der spanischen und englischen UNO-Übersetzungen (UN-Archiv 12065).

Die Rede von Hugo Chávez, dem Präsidenten von Venezuela, vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York, Mittwoch, 20. September 2006

Mittwoch, 20. September 2006:

Sheika Haya Rashed Al-Khalifa, Präsidentin der 61. Generalversammlung der Vereinten Nationen:

»Im Namen der Generalversammlung habe ich die Ehre, Seine Exzellenz, Herrn Hugo Chávez Frías, Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela, bei den Vereinten Nationen willkommen zu heißen, und lade ihn ein, sich an die Versammlung zu wenden.«

Hugo Chávez, Präsident der Bolivarischen Republik Venezuela:

Frau Präsidentin, Exzellenzen, Staatschefs, Regierungschefs und hohe Repräsentanten der Regierungen der Welt - Guten Tag Ihnen allen.

Zu Beginn möchte ich voller Respekt alle, die dieses Buch noch nicht lesen konnten, einladen, es zu lesen: Noam Chomsky, einer der angesehensten Intellektuellen dieses Amerika und der Welt, Chomsky, eine seiner jüngsten Arbeiten: »Hegemonía o supervivencia, Las estrategia imperialista de Estados Unidos.«

Hinweis der UN-Schriftleitung: Deutscher Titel: Noam Chomsky, Hybris – Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA, Hamburg 2003, ISBN 3-203-76016-9.

Eine ausgezeichnete Arbeit, um zu verstehen, was in der Welt des 20. Jahrhunderts geschehen ist, was heute geschieht, und über die größte Gefahr, die auf unserem Planeten lastet: Die hegemonialen Bestrebungen des nordamerikanischen Imperialismus bringen das Überleben der menschlichen Spezies in Gefahr.

Wir warnen weiter vor dieser Gefahr und rufen das Volk der Vereinigten Staaten und die Welt auf, diese Bedrohung zu stoppen, die wie das Schwert des Damokles über uns schwebt. Ich wollte ein Kapitel vorlesen, aber um die Zeit zu respektieren, belasse ich es lieber bei einer Empfehlung. Es liest sich schnell. Es ist sehr gut, Frau Präsidentin. Sicher kennen Sie es. Es ist erschienen in Englisch, in Deutsch, in Russisch und sicherlich in Arabisch.

Sehen Sie, ich denke, daß die ersten Bürger, die dieses Buch lesen sollten, die Brüder und Schwestern Bürger der Vereinigten Staaten sind, denn sie haben die Bedrohung im eigenen Haus; der Teufel ist im Hause. Der Teufel, der Teufel selbst ist im Haus. Gestern kam der Teufel hierher.

Gestern war der Teufel hier, an diesem selben Ort. Dieser Tisch, an dem es nun an mir ist zu reden, riecht immer noch nach Schwefel! Gestern, meine Damen und Herren, sprach von dieser selben Bühne der Herr Präsident der Vereinigten Staaten, den ich »den Teufel« nenne; er kam hierher, um als Herr der Welt zu sprechen, als Herr der Welt. Ein Psychiater wäre nicht genug, um die gestrige Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten zu analysieren. Als Sprachrohr des Imperialismus kam er, um seine Rezepte zu verteilen, um zu versuchen, das gegenwärtige Herrschaftsverhältnis zu bewahren, das Ausbeutungs- und Ausplünderungsverhältnis gegen die Völker der Welt. Das wäre gut für einen Film von Alfred Hitchcock,

ich würde sogar den Titel vorschlagen: »Das Rezept des Teufels«.

Das heißt, der nordamerikanische Imperialismus – und hier sagt es Chomsky klipp und klar – unternimmt hoffnungslose Anstrengungen, um sein hegemoniales Herrschaftssystem zu festigen. Wir dürfen nicht erlauben, daß dies geschieht, wir dürfen nicht erlauben, daß die Weltdiktatur errichtet wird, daß sie sich festigt, daß sich die weltweite Diktatur festigt.

Die Rede des Welttyrann-Präsidenten ist voller Zynismus, voller Heuchelei; es ist die imperiale Heuchelei, der Versuch, alles zu kontrollieren. Sie wollen uns das demokratische Modell aufzwingen, wie sie es verstehen: die falsche Demokratie der Eliten. Und außerdem ein sehr originelles demokratisches Modell: durchgesetzt mit Bomben, mit Bombenangriffen und durch Invasionen und Kanonenschüsse! Was für eine Demokratie! Man müßte noch einmal die These von Aristoteles lesen, oder? Und die der ersten, die dort in Griechenland von der Demokratie gesprochen haben, um zu sehen, was für ein Demokratiemodell das ist, das durch Marines, durch Invasionen, durch Aggressionen und Bomben durchgesetzt wird.

Gestern sagte der Präsident der Vereinigten Staaten in diesem selben Saal das Folgende: »Wohin Sie auch sehen, hören Sie Extremisten, die Ihnen sagen, daß man durch Gewalt, Terror und Märtyrertum dem Elend entfliehen und die Würde zurückgewinnen kann.« Wo auch immer er hinblickt, sieht er Extremisten! Ich bin sicher, daß er dich sieht, Bruder, mit dieser Farbe, und glaubt, du bist ein Extremist. Mit dieser Farbe ist Evo Morales – der gestern gekommen ist, der würdige Präsident Boliviens – ein Extremist. Überall sehen die Imperialisten Extremisten.

Nein, wir sind keine Extremisten; was passiert, ist, daß die Welt erwacht und überall wir, die Völker, uns erheben.

Ich habe den Eindruck, Herr imperialistischer Diktator, daß Sie den Rest Ihrer Tage mit einem Alptraum leben müssen, denn wo auch immer Sie hinschauen, werden wir erscheinen, wir, die sich gegen den nordamerikanischen Imperialismus erheben, die die völlige Freiheit der Welt fordern, die Gleichheit der Völker, den Respekt für die Souveränität der Nationen.

Ja, Sie nennen uns Extremisten, wir erheben uns gegen das Imperium, wir erheben uns gegen das Herrschaftsmodell.

Danach sagte der Herr Präsident zu Ihnen: »Heute möchte ich direkt zu den Bevölkerungen des Nahen Ostens sprechen, mein Land wünscht den Frieden ...«. Das stimmt. Wenn wir durch die Straßen der Bronx gehen, wenn wir durch die Straßen von New York, Washington, San Diego, Kalifornien, irgendeiner Stadt, San Antonio, San Francisco gehen und die Menschen auf der Straße fragen, die Bürger der Vereinigten Staaten, dann will dieses Land den Frieden. Der Unterschied ist, daß die Regierung dieses Landes, der Vereinigten Staaten, nicht den Frieden will, sie will uns durch Krieg ihr Modell der Ausbeutung und Ausplünderung und ihre Hegemonie aufzwingen. Das ist der kleine Unterschied. Die US-Regierungen wollen den Frieden, und was passiert im Irak? Was ist in Libanon und in Palästina passiert? Was ist in 100 Jahren in Lateinamerika und weltweit passiert? Und nun die Drohungen gegen Venezuela, neue Drohungen gegen Venezuela, neue Drohungen gegen den Iran ...!

Er sprach zum Volk Libanons: »Viele von Ihnen haben gesehen, wie ihre Heime und ihre Gemeinden im Kreuzfeuer gefangen waren.« Was für ein Zynismus! Was für eine Fähigkeit, schamlos vor aller Welt zu lügen! Die Bomben auf Beirut, die mit millimetergenauer Präzision abgeworfen wurden, sind Kreuzfeuer? Ich glaube, der Präsident denkt an die Westernfilme, als man aus der Hüfte schoß und irgendwer im Kreuzfeuer gefangen war. Imperialistisches Feuer, faschistisches Feuer, mörderisches Feuer, völkermörderisches Feuer des Imperiums und Israels gegen das unschuldige Volk Palästinas und das Volk Libanons! Das ist die Wahrheit! Jetzt sagen sie, daß sie leiden, daß »wir leiden, weil wir ihre Heime zerstört sehen«.

Schließlich kam der Präsident der Vereinigten Staaten, um zu den Völkern zu sprechen, er kam, um außerdem zu sagen – Frau Präsidentin, ich habe einige Dokumente mitgebracht, weil ich heute morgen einige Reden gesehen und meine Worte aktualisiert habe –, er sprach zum Volk Afghanistans, zum Volk Libanons: »Dem Volk des Iran sage ich ... Dem Volk Libanons sage ich ... Dem Volk Afghanistans sage ich ...«.

Gut, man fragt sich: so wie der Präsident der Vereinigten Staaten diesen Völkern sagt: »Ich sage Ihnen ...«, was würden ihm diese Völker sagen, wenn diese Völker reden könnten? Was würden sie ihm sagen? Ich werde es aufgreifen, denn ich kenne den größten Teil der Seele dieser Völker, der Völker des Südens, der angegriffenen Völker. Sie würden sagen: »Yankee-Imperium go home!« Das wäre der Schrei, der überall ertönen würde, wenn die Völker der Welt mit einer einzigen Stimme zum Imperium der Vereinigten Staaten sprechen könnten.

Deshalb, Frau Präsidentin, Kollegen, Freundinnen und Freunde, kamen wir im vergangenen Jahr hierher, in diesen selben Saal, wie alle Jahre in den vergangenen acht, und sagten etwas, was heute voll bestätigt wurde, und ich glaube, daß fast niemand hier in diesem Saal aufstehen kann, um sich zu verteidigen: Das System der Vereinten Nationen, das nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurde – akzeptieren wir es ehrlich –, ist zusammengebrochen, hat sich aufgelöst. Es taugt nicht! Es taugt, um hierherzukommen und Reden zu halten, um uns einmal im Jahr zu sehen, ja, dafür taugt es. Und um sehr lange Dokumente zu machen und gute Reflexionen und gute Reden zu hören wie gestern die von Evo, wie die von Lula und viele Reden, die wir jetzt gerade gehört haben, des Präsidenten von Sri Lanka und die der Präsidentin von Chile. Ja, dafür taugt es. Aber

sie haben uns diese Versammlung in ein rein beratendes Gremium verwandelt, nur beratend, ohne irgendeine Art von Macht, um auch nur auf die geringste Weise der schrecklichen Realität entgegenzutreten, die die Welt erlebt.

Deshalb wiederholen wir unseren Vorschlag: Venezuela schlägt hier heute, an diesem 20. September, erneut vor, daß wir die Vereinten Nationen neu gründen. Wir haben im vergangenen Jahr, Frau Präsidentin, vier bescheidene Vorschläge unterbreitet, die wir für unaufschiebbar dringend halten, damit wir Staatschefs, Regierungschefs, unsere Botschafter, unsere Vertreter sie aufgreifen und wir sie diskutieren.

Erstens, die Ausweitung – gestern sagte Lula dasselbe – des Sicherheitsrates, sowohl in seinen ständigen wie in seinen nicht ständigen Bestandteilen, damit neue entwickelte und unterentwickelte Länder hereinkommen, die dritte Welt, als neue ständige Mitglieder. Das als erstes.

Zweitens, die Anwendung effizienter Methoden zur Behandlung und Lösung der weltweiten Konflikte, transparente Methoden der Diskussion, der Entscheidungen.

Drittens, das erscheint uns grundlegend, die sofortige Abschaffung – und das ist eine Forderung aller – dieses antidemokratischen Mechanismus des Vetos, des Vetos bei den Entscheidungen des Sicherheitsrates. Nur ein jüngstes Beispiel: Das unmoralische Veto der Regierung der Vereinigten Staaten erlaubte es den israelischen Truppen, ungehindert den Libanon zu zerstören, indem sie ganz offen, vor unser aller Augen, eine Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhinderte.

Und viertens, notwendig ist – das sagen wir immer – die Rolle, die Befugnisse des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu stärken. Gestern hat uns der Generalsekretär eine Rede gehalten, sein Abschied, und er erkannte an, daß in diesen zehn Jahren die Welt komplizierter geworden ist und daß die schweren Probleme der Welt, der Hunger, das Elend, die Gewalt, die Verletzung der Menschenrechte, sich verschlimmert haben. Das ist die schreckliche Konsequenz des Zusammenbruchs des Systems der Vereinten Nationen und der nordamerikanischen imperialistischen Ansprüche.

Andererseits, Frau Präsidentin, entschied Venezuela vor mehreren Jahren, diese Schlacht innerhalb der Vereinten Nationen auszutragen. Wir erkennen die Vereinten Nationen als Mitglieder, die wir sind, mit unserer Stimme, mit unseren bescheidenen Reflexionen an; wir sind eine unabhängige Stimme, um die Würde und die Suche nach Frieden zu vertreten, die Neuformulierung des internationalen Systems; um die Verfolgung und die Aggressionen des Hegemonismus gegen die Völker des Planeten anzuklagen.

Venezuela hat auf diese Weise seinen Namen gegeben, dieses Heimatland von Bolívar hat seinen Namen gegeben und hat sich um einen Sitz als nicht ständiges Mitglied des Sicherheitsrates beworben. Wissen Sie, die Regierung der Vereinigten Staaten hat eine offene Aggression begonnen, eine unmoralische Aggression auf der ganzen Welt, und versucht zu verhindern, daß Venezuela frei gewählt wird, um einen Sitz im Sicherheitsrat einzunehmen. Sie fürchten die Wahrheit, das Imperium hat Angst vor der Wahrheit, vor den unabhängigen Stimmen, klagt uns an, Extremisten zu sein. Sie sind die Extremisten.

Ich möchte hier all jenen Ländern danken, die ihre Unterstützung für Venezuela angekündigt haben, auch wenn die Abstimmung geheim ist, und es ist nicht notwendig, daß irgend jemand es ankündigt. Aber ich glaube, die offene Aggression des nordamerikanischen Imperiums hat die Unterstützung durch viele Länder beschleunigt, was Venezuela, unser Volk, unsere Regierung moralisch sehr stärkt. Der Mercosur zum Beispiel hat als Block seine Unterstützung für Venezuela angekündigt, unsere Brüder vom Mercosur – Venezuela ist jetzt Vollmitglied des Mercosur mit Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay – und viele andere Länder Lateinamerikas, wie Bolivien; die Caricom hat vollständig ihre Unterstützung für Venezuela angekündigt; die Arabische Liga hat vollständig ihre Unterstützung für Venezuela angekündigt. Ich danke sehr der arabischen Welt, unseren Brüdern aus Arabien, diesem tiefen Arabien. Unseren Brüdern der Karibik, der Afrikanischen Union: fast ganz Afrika kündigte seine Unterstützung für Venezuela an. Und Länder wie Rußland, China und viele andere Länder des Planeten. Vielen, vielen Dank im Namen Venezuelas, im Namen unseres Volkes und im Namen der Wahrheit. Denn Venezuela wird, wenn es einen Sitz im Sicherheitsrat besetzt, nicht nur die Stimme Venezuelas einbringen, sondern die Stimme der dritten Welt, die Stimme der Völker des Planeten. Wir werden dort sein und die Würde und die Wahrheit verteidigen.

Darüber hinaus, Frau Präsidentin, glaube ich, daß es Gründe gibt, optimistisch zu sein, unweigerlich optimistisch, würde ein Dichter sagen, denn neben den Drohungen, den Bomben, den Kriegen, den Aggressionen, dem Präventivkrieg, der Zerstörung ganzer Völker kann man spüren, daß sich eine neue Ära erhebt, wie es Silvio Rodríguez singt: »Die Ära gebärt ein Herz«.

Es erheben sich alternative Strömungen, alternative Ideen, alternative Bewegungen, Jugendliche mit anderen Ideen. Es wurde innerhalb eines Jahrzehnts bereits bewiesen, daß die These vom Ende der Geschichte völlig falsch war, völlig falsch die These von der Begründung des amerikanischen Imperiums, der Pax americana, der Begründung des neoliberalen kapitalistischen Modells, denn was es hervorbringt, ist Elend und Armut. Die These ist völlig falsch, sie geht zugrunde, jetzt muß die Zukunft der Welt definiert werden. Es liegt Morgendämmerung über dem Planeten, und man sieht sie überall, in Lateinamerika, in Asien, in Afrika, in Europa, in Ozeanien.

Ich möchte diese Vision des Optimismus hervorheben, damit sich

unser Bewußtsein und unsere Bereitschaft zum Kampf für die Rettung der Welt und für den Aufbau einer neuen Welt, einer besseren Welt verstärken. Venezuela reiht sich in diesen Kampf ein, und deshalb werden wir bedroht.

Die Vereinigten Staaten planten, finanzierten und initiierten bereits einen Staatsstreich in Venezuela, und die Vereinigten Staaten unterstützen weiter putschistische Bewegungen in Venezuela und gegen Venezuela, sie unterstützen weiter den Terrorismus. Die Präsidentin Michelle Bachelet hat vor einigen Tagen – Entschuldigung, vor einigen Minuten – an die schreckliche Ermordung des früheren chilenischen Außenministers Orlando Letelier erinnert. Ich möchte nur das Folgende hinzufügen: Die Schuldigen sind frei, und die Schuldigen jenes Ereignisses, bei dem auch eine Bürgerin der Vereinigten Staaten starb, sind Nordamerikaner von der CIA, Terroristen der CIA. Aber es muß auch in diesem Saal daran erinnert werden, daß sich in wenigen Tagen auch die schreckliche terroristische Tat der Sprengung des kubanischen Flugzeugs zum 30. Mal jährt, bei der 73 Unschuldige starben, ein Flugzeug der Cubana de Aviación. Und wo ist der größte Terrorist dieses Kontinents, der die Verantwortung für die Sprengung des kubanischen Flugzeugs als geistiger Urheber übernommen hat?

Er war in Venezuela einige Jahre lang gefangen, er floh mit der Hilfe von Beamten der CIA und der damaligen venezolanischen Regierung. Er lebt hier in den Vereinigten Staaten, geschützt von dieser Regierung, er war gefangen und geständig.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ein doppeltes Gesicht und beschützt den Terrorismus.

Diese Übertragungen besagen, daß Venezuela dem Kampf gegen den Terrorismus, gegen die Gewalt verpflichtet ist und sich mit allen Völkern vereint, die für den Frieden und eine Welt der Gleichen kämpfen.

Ich habe von dem kubanischen Flugzeug gesprochen. Der Terrorist heißt Luis Posada Carriles, er wird hier beschützt. Geschützt werden hier die großen Korrupten, die aus Venezuela geflohen sind; eine Gruppe von Terroristen, die dort Bomben in den Botschaften mehrerer Länder gelegt haben, die dort während des Staatsstreichs Menschen ermordet haben, die diesen bescheidenen Diener entführten und ihn erschießen wollten, nur daß Gott und eine Gruppe guter Soldaten und ein Volk, das auf die Straße ging, ihre Hand erhoben haben.

Durch ein Wunder bin ich hier. Sie sind hier, die Führer dieses Staatsstreichs und dieser terroristischen Akte, beschützt von der Regierung der Vereinigten Staaten. Ich klage die Regierung der Vereinigten Staaten an, den Terrorismus zu schützen und einen absolut zynischen Diskurs zu führen.

Wir sprechen von Kuba, wir kommen aus Havanna, wir kommen glücklich aus Havanna, wir waren dort mehrere Tage; und dort kann man die Geburt einer neuen Ära sehen: den Gipfel der G-15, den Gipfel der Bewegung der Nichtpaktgebundenen mit einer historischen Resolution: »Abschlußdokument« – erschrecken Sie nicht, ich werde nicht alles vorlesen –, aber hier gibt es eine Reihe von Resolutionen, die in offener und transparenter Diskussion von mehr als 50 Staatschefs getroffen wurden. Havanna war eine Woche lang die Hauptstadt des Südens. Wir haben die Bewegung der Nichtpaktgebundenen neu gestartet, und wenn ich Sie alle um etwas bitten darf, Compañeros und Brüder und Schwestern, dann ist es, daß wir großen Willen in die Stärkung der Gruppe der Nichtpaktgebundenen setzen, das ist überaus wichtig für die Geburt der neuen Ära, um die Hegemonie und den Imperialismus zu verhindern.

Und außerdem, Sie wissen es, haben wir Fidel Castro für die nächsten drei Jahre zum Präsidenten der Gruppe der Nichtpaktgebundenen bestimmt, und wir sind sicher, daß der Genosse Präsident Fidel Castro den Taktstock mit großer Effizienz führen wird. Die, die wollten, daß Fidel stirbt, nun gut, sie blieben frustriert zurück, und sie werden frustriert zurückbleiben, denn Fidel trägt wieder die olivgrüne Uniform, und jetzt ist er nicht nur der Präsident Kubas, sondern auch der Präsident der Nichtpaktgebundenen.

Frau Präsidentin, liebe Kollegen, Präsidenten, dort wurde eine sehr starke Bewegung geboren, die des Südens. Wir sind Männer und Frauen des Südens, wir sind Überbringer dieser Dokumente, dieser Ideen, dieser Kritiken, dieser Reflexionen. Ich schließe schon meine Mappe, und das Buch nehme ich wieder mit – vergessen Sie nicht, daß ich es Ihnen in aller Bescheidenheit sehr empfehle.

Wir haben versucht, Ideen für die Rettung dieses Planeten beizutragen, um sie vor der imperialistischen Bedrohung zu retten, und damit, hoffentlich bald in diesem Jahrhundert, unsere Kinder und unsere Enkel besser leben können. Hoffentlich können wir es noch sehen und erleben: eine Welt des Friedens, unter den grundlegenden Prinzipien der Organisation der Vereinten Nationen, aber einer neugestarteten, einer neugestarteten und anderswo untergebrachten.

Ich glaube, wir müssen die Vereinten Nationen in einem anderen Land unterbringen, in einer Stadt des Südens, haben wir aus Venezuela vorgeschlagen. Sie wissen, daß mein medizinisches Personal und mein Sicherheitschef eingeschlossen im Flugzeug bleiben mußten: Sie haben ihm nicht erlaubt, zu den Vereinten Nationen zu kommen. Ein weiterer Mißbrauch und Angriff, Frau Präsidentin, den wir aus Venezuela beantragen als einen – sogar persönlichen – Angriff des Teufels zu registrieren.

Es riecht nach Schwefel, aber Gott ist mit uns. Ich umarme Sie, und Gott schütze Sie alle. Guten Tag.

Wozu die Bundeswehr mißbraucht wird:

Afghanistan: Ein Krieg gegen das Volk der Paschtunen

Bundeswehrsoldat bei Mazar-i-Sharif

Deutsche sollen kämpfen: Die USA, die UNO und die NATO erhöhen den Druck auf die Bundesregierung. Deutsche Soldaten sollen nun auch offiziell im umkämpften Süden Afghanistans eingesetzt werden und Krieg gegen die »Aufständischen« führen. Noch sperrt sich die Bundesregierung. Wir fordern: Holt die deutschen Soldaten nach Hause, wir haben in Afghanistan nichts, aber auch gar nichts zu verteidigen!

»Die Deutschen sollten mit kämpfen, und auch mit sterben, wenn nötig.«

Ronald Neumann, US-Botschafter in Kabul (WamS, 26.11.06)

Von den USA und der NATO ist man seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 einiges gewöhnt.

Die Vereinten Nationen scheinen jetzt in Afghanistan, angetrieben durch den deutschen UNO-Beauftragten Tom Koenigs, nachziehen zu wollen. Der fordert – gemeinsam mit kanadischen, britischen und anderen NATO-Partnern – seit Wochen immer drängender den Einsatz der Bundeswehr auf den Gefechtsfeldern im Süden des Landes.

Seine Begründung dafür zeigt, wozu man heute fähig sein kann. Dort – so Koenigs – finde ein »Volksaufstand« statt, dort müsse die NATO zeigen, was eine Harke ist. Devise: Geschlossenes Handeln am Hindukusch und Soldaten, wo man sie braucht.

Wenn einer derart die Flucht nach vorn antritt, dann nicht wegen angeblicher Al-Qaida-Terroristen, deren Präsenz in Afghanistan längst kein Thema mehr ist, wie man Erklärungen offizieller Vertreter der Regierung Karzai entnehmen darf.

Es geht viel mehr gegen die Paschtunen, ein Volk von immerhin 50 Millionen Menschen, die von einer britisch-russischen Kolonialgrenze geteilt werden, deren Gültigkeit Anfang der neunziger Jahre abgelaufen ist.

Die Paschtunen siedeln seit ewigen Zeiten im Süden Afghanistans und einigen Regionen Nordpakistans, wo sie schon vor zehn Jahren den »Staat Paschtunistan« ausgerufen haben.

Der ehemalige afghanische Staatschef Nadschibullah wurde

1996 von den Taliban auf grausame Weise umgebracht, als er – unter »UNO-Schutz« stehend – die Unterschrift unter die von Pakistan gewünschte Bestätigung der Grenze verweigerte. Der Wille der Paschtunen, in einem Staat zu leben, blieb ungebrochen, auch als Afghanistan nach 2001 quasi zum NATO-Protektorat wurde.

Das also ist der »Volksaufstand«, gegen den der deutsche Sonderbotschafter Tom Koenigs, Joschka Fischers Freund, die versammelten NATO-Truppen einsetzen will. Die UNO als Unterdrücker und die NATO als Vollstrecker der Unterdrückung, das ist schon furchterregend. Dabei erscheint zweitrangig, ob die Bundeswehr nun im Süden eingesetzt wird oder nicht, denn fest steht:

UNO und NATO kämpfen für den Bestand einer Grenze, die ein Volk teilt und die selbst nach dem Willen britischer und russischer Kolonisatoren höchstens 99 Jahre lang ihre Funktion erfüllen sollte.

Um so mehr ist es ungeheuerlich, wenn der höchste UNO-Repräsentant diese Demarkationslinie durch militärische Gewalt aufrechterhalten will. Und niemand soll uns weismachen, die Bundeswehr werde nicht in diese Bestrebungen verwickelt. Die Niederländer haben das bereits vormachen müssen. Ein »gemischter Verband«, zusammengesetzt aus afghanischen und holländischen Soldaten, kämpft im paschtunischen Süden und damit im »Volksaufstandsgebiet«.

Jetzt soll ein gleichfalls gemischtes Kontingent aus Afghanen und Deutschen von Kunduz aus in den Süden verlegt werden.

Ein Tabu nach dem anderen wird gebrochen – und da will man glaubwürdig sein? Seit in dieser Region Einheiten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr an der Seite von US-Truppen eingesetzt werden, fragt man sich ohnehin, ob die strikte Geheimhaltung nur der Sicherheit der KSK-Angehörigen dient oder verschleiern soll, woran man sich eigentlich beteiligt oder beteiligen muß.

Eines ist sicher, niemand hat der UNO, der NATO oder wem auch immer ein Mandat erteilt, ein ganzes Volk zusammenzukartätschen.

Keine deutschen Soldaten ins Ausland und keine ausländischen Soldaten in Deutschland!

als Aufkleber erhältlich

Mehr denn je erscheint die Frage angebracht, welche Aufgaben die Bundeswehr wie die westliche Allianz überhaupt in Afghanistan eigentlich haben. Viele offenbar. Gestaunt haben dürften südamerikanische Geheimdienstoffiziere, als ihnen vor Wochen von der NATO innerhalb des deutschen Verantwortungsbereichs an der Grenze zu China die Routen des Drogenschmuggels gezeigt wurden. Unüberwindbar sind die himmelhohen Berge offenbar nicht, denn die gewaltige Drogenproduktion Afghanistans nimmt zum Teil diesen Weg. Die Folgen derartiger »Ausfuhren« sind in Chinas Westprovinzen zu besichtigen: Soziale Erosion und Destabilisierung. Auch der berühmte Kargil-Zwischenfall im nördlichen Indien, für den 1999 der heutige pakistanische Präsident Muscharraf verantwortlich war, galt den muslimischen Teilen Chinas.

Daher kann es kaum überraschen, sollte sich nach dem Willen der USA der NATO-Gipfel in Riga Ende November mit der Verbindung zwischen der westlichen Allianz und den asiatischen Sicherheitsstrukturen der USA befaßt haben.

Geht das so weiter, avanciert Peter Struck zum Propheten, weil Deutschland bald nicht mehr nur am Hindukusch, sondern auch am 38. Breitengrad zwischen Nord- und Südkorea und anderswo verteidigt werden dürfte.

Unter diesen Umständen gibt es jeden guten Grund, die deutschen Soldaten nach Hause zu holen und den deutschen UNO-Beauftragten Koenigs abzulösen.

Bisher 39 tote Bundeswehrsoldaten bei friedenserhaltenden Einsätzen

Bundesverteidigungsminister Jung (CDU) sprach sich am 16.2.2006 für ein Ehrenmal in Berlin für die bei Auslandseinsätzen getöteten Bundeswehrsoldaten aus. Man sei es den toten Soldaten schuldig, »ein ehrendes Gedenken für ihren Einsatz für Frieden und Freiheit zu erhalten.«

Quelle: ddp,16.2.2006,21.09 Uhr

Die in dieser ddp-Meldung vom 16.2.2006 genannte Zahl der deutschen Opfer ist die letzte Information, die zu erhalten war. In Afghanistan hat die Bundeswehr bisher 18 Tote zu beklagen, fünf davon als Folge von Anschlägen.

Bundestag verlängerte Afghanistan-Einsatz

Am 28.09.2006 beschloß der Bundestag mit großer Mehrheit die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan bis Oktober 2007.

Im Antrag 16/2573 der Bundesregierung, der den Abgeordneten vorlag, heißt es: »Die Kosten für den Einsatz werden in diesem Haushaltsjahr rund 460 Millionen Euro betragen; in 2007 wird mit Ausgaben von rund 350 Millionen Euro gerechnet.«

Quelle: www.bundestag.de/aktuell

Verschärfte Postkontrolle der UN

Das Justizministerium des Landes Brandenburg scheint sich nicht mehr an die Urteile unabhängiger Gerichte halten zu wollen.

Wir beliefern ausgewählte Häftlinge in den bundesdeutschen Strafanstalten kostenlos mit der UN, die wegen Meinungsdelikten und politisch motivierter Straftaten einsitzen und es geistig und charakterlich wert sind, um sie für eine spätere gesetzestreue politische Arbeit zu gewinnen.

Jetzt will das Justizministerium Brandenburg dagegen vorgehen, obwohl wir schon mehrere Urteile erstritten haben, daß die Einbehaltung von Zeitschriften durch die JVA-Anstalten so einfach gar nicht geht und nur bei einer ausführlichen Einzelfallbegründung zulässig ist. Prinzipiell hat jeder Gefangene das Recht, bis zu drei Zeitungen zu erhalten.

»JVA soll rechte Schriften abfangen«

So lautete die Überschrift einer Meldung der »Märkischen Allgemeinen« vom 29.11.2006:

»BRANDENBURG/HAVEL. Die Justizvollzugsanstalt soll stärker gegen die Verbreitung von rechtsextremen Publikationen innerhalb ihrer Mauern vorgehen. Dies verkündete das Justizministerium als Antwort auf eine parlamentarische Anfrage. Postkontrollen sollen verschärft werden, außerdem sollen Hafträume gründlicher auf verfassungsfeindliche Schriften abgesucht werden. Justizministerin Beate Blechinger (CDU) zufolge hat die Anzahl der Kontaktaufnahmen Rechtsradikaler mit Gesinnungsgenossen hinter Gittern in letzter Zeit zugenommen. Künftig ist ein bestimmter Bediensteter mit besonderen Szenekenntnissen für die Kontrolle fragwürdiger Gefangenenpost zuständig. Ihm übergeben die Kollegen alle Sendungen, bei denen Anfangsverdacht auf verfassungsfeindliche Inhalte besteht. Dies soll verhindern, daß weniger bewanderte Kollegen verbotenes Material durchgehen lassen. Nach Auskunft von Ministeriumssprecher Thomas Melzer haben sich einige rechtsextreme Veröffentlichungen umbenannt oder ihr Layout verändert, um nicht mehr in der Postkontrolle abgefangen zu werden. Vor allem geht es dem Ministerium bei der Initiative offenbar um die „HNG Nachrichten", ein Blatt, das die „Hilfsorganisation Nationaler Gefangener" herausgibt. Daneben ist in der Brandenburger Anstalt auch das Blatt „UN" – „Unabhängige Nachrichten" – aufgetaucht. (...)«

Gerne stellen wir dem Justizministerium und betroffenen Gefangenen die nachfolgenden, beim DRsK e.V. vorliegenden Urteile zur Verfügung, die alle die Pflicht zur Aushändigung der Unabhängigen Nachrichten bestätigen:

Beschluß des LG Neuruppin vom 23. März 2004, die UN 10/03 und 11/03 betreffend

Beschluß des OLG Thüringen vom 17. Juni 2004, die Rechtswidrigkeit eines generellen Aushändigungsverbotes der UN betreffend

Beschluß des LG Potsdam vom 10. Juni 2005, die UN 10/04 und 11/04 betreffend

Beschluß des LG Berlin vom 28. Februar 2006, die UN 6/05, 7/05 und 8/05 betreffend.

Vor allem aber wünschen wir allen aus politischen Gründen Inhaftierten in der BRD, daß sie sich trotz Haft zur Weihnacht nicht alleingelassen fühlen und ein besseres neues Jahr!

Liebe Leser, ganz privat:

Wenn wir in diesen Wochen des nahenden Jahresendes zurückblicken auf die Ereignisse des Jahres und darauf, wie manche Völker mit Lügen, Krieg und Terror überzogen und andere – nicht zuletzt wir Deutsche – finanziell und wirtschaftlich ausgebeutet und »abgewickelt« werden (man denke nur an den Ausverkauf hunderttausender Wohnungen mit deutschem Grund und Boden an internationale Heuschrecken-Fonds), während Politik und Medien uns einen wirtschaftlichen Aufschwung vorgaukeln, können wir uns nur mit dem Leitspruch eines deutschen Dichters trösten, der uns Kraft geben sollte für die Arbeit im neuen Jahr:

Oft schien die Wahrheit in der Welt verloren,
von ekler Lüge hingestreckt –
doch immer wieder ward sie neu geboren
und immer wieder ward sie neu entdeckt.
Ob glühend rot die Scheiterhaufen lohten,
ob ganze Völker man zum Kriege trieb,
ob alle Qualen dunkler Kerker drohten –
die Wahrheit lebte und die Wahrheit blieb.
Noch liegt die Welt tief in der Lüge Banden,
genarrt und blind von ihrem falschen Schein,
doch einmal wird auch dieser Trug zuschanden –
der Wahrheit Sieg wird Tod der Lüge sein.

Erich Limpach

Von dieser Hoffnung gestärkt wünschen wir Ihnen ein friedliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr!

Ihre UN-Mitarbeiter

UN-Bestell-Telefon
(0208) 84 01 32

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen
Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Internet:
http://www.un-nachrichten.de
http://www.un-archiv.de

Impressum:
Herausgeber:
Freundeskreise Unabhängige Nachrichten e.V.
Alstadener Str. 49 • 46049 Oberhausen

Schriftleitung:
Annette Kruse (verantw.), Torsten Schmidt, Armin Feldberg, Martin Voigt, Sabine Möller

Kein gewerbliches Unternehmen.

- Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich
- Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme
- Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 € je Ausgabe einschließlich Porto.

Nachdruck erlaubt und erwünscht.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Oberhausen

IM FREUNDESKREIS

Aktuelle Wirtschaftsdaten

Erwerbstätige:

Oktober 2005:	39,280 Millionen [1]
Oktober 2006:	**39,678 Millionen** [1]

Offizielle Arbeitslosigkeit:

Oktober 2006:	4.084.008 [1]
November 2006:	**3.995.106** [1]

Versteckte Arbeitslosigkeit:

Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik

Oktober 2006:	1.577.599 [1]
November 2006:	**1.607.344** [1]

Arbeitssuchende:

Oktober 2006:	5.569.584 [1]
November 2006:	**5.567.202** [1]

Offene Stellen:

Oktober 2006:	626.126 [1]
November 2006:	**608.878** [1]

Staatsverschuldung:

1.539.116.260.861 Euro [2]

Schuldenzuwachs pro Sekunde:

2.113 Euro [2]

Schulden pro Kopf:

7.11.2006:	18.593 [2]
5.12.2006:	**18.656** [2]

[1] *Bundesagentur für Arbeit, 5.12.2006*
[2] *www.steuerzahler.de, 5.12.2006*

Welch ein Aufschwung!

Die Große Koalition schwelgt in Selbstlob, daß die Arbeitslosenzahl im November endlich die »magische Zahl« von vier Millionen Arbeitslosen unterschritten habe.

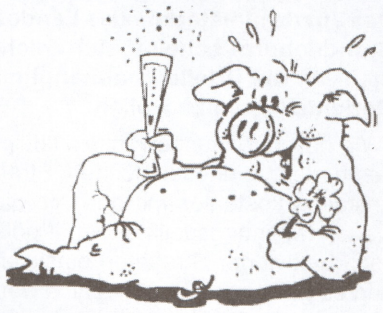
Sie verschweigt, daß 2,1 Millionen »Ein-Euro-Jobber« aus der Statistik herausgenommen wurden, die beitragspflichtige Arbeitsplätze verdrängen. Hinzu kommen jetzt noch die bisher nur »geduldeten« Ausländer, die sich nach dem neuen Gesetz nun auf Teufel komm raus einen Arbeitsplatz suchen müssen, um das Bleiberecht zu erhalten.

Täglich brechen in der Bundesrepublik tausende Arbeitsplätze bei den Konzernen weg, deren Manager voller Stolz Milliardengewinne verkünden, ihren Erfolg feiern und sich selbst die Taschen füllen.

Und das alles nennt man Aufschwung!?

Sie erhalten nur ein UN-Heft?
Und was weiß Ihr Nachbar?
Bitte bestellen Sie 2, 3, 5
oder 10 Hefte monatlich!

Der Silvesterscherz



Prosit Neujahr!

Ein Chirurg, ein Architekt und ein Politiker streiten sich am Stammtisch, wessen Beruf wohl der älteste sei.

Der Chirurg:
»Adam wurde eine Rippe rausoperiert, um Eva zu schaffen. Also ist mein Beruf der Älteste.«

Der Architekt:
»Lange vor Adam und Eva wurden aus dem totalen Chaos Himmel und Erde, Berge und Flüsse und der Garten Eden geschaffen. Also war der Architekt viel früher da.«

Da aber lächelte der Politiker geringschätzig und fragte
»Und wer hat das totale Chaos geschaffen?«

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

☐ *Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Ex. der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 € je Ex. einschließlich Porto, ab 10 Stück 1.- € je Ex.).*

☐ *Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 € Rückporto-Marken liegen bei.*

☐ *Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr._____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).*

☐ *Einen Kostenbeitrag in Höhe von € _____ lege ich per Verrechnungsscheck oder in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.*

Name/Anschrift: _____

_____

Geb. am / Beruf: _____ *Ruf:* _____

Ihre UN-Anschriftennummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie die Nummer direkt über der Anrede Herrn/Frau)

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich den Freundeskreis UN, von meinem Konto folgende Beträge abzubuchen:

o *monatlich* o *vierteljährlich*
o *halbjährlich* o *jährlich*
o *einmalig ab:* _____

Betrag: _____ €

Meine Bank/Sparkasse:

_____

BLZ: _____

Konto-Nr.: _____

Anschrift/Unterschrift:

UN-Adreßnr.: _____

DAS LETZTE